

„Wir sollten den Föderalismus nicht kleinreden, sondern sagen: Es ist richtig, notwendig und nützlich.“

Rede von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Bundestagsdebatte zur Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen am 15.12.2006

(Auszug aus dem Plenarprotokoll)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit dieser Debatte nutzen, um zunächst einmal ein wenig für das föderale Prinzip zu werben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Denn angesichts der öffentlichen Debatten dieser Tage - Schutz von Nichtrauchern - habe ich die Sorge, dass wir die Prinzipien europäischer Verfassungstradition nicht mehr richtig begreifen oder aus dem Blick verlieren. Die Tatsache, dass ein großes Problem einer Lösung bedarf, beantwortet noch nicht die Frage, wer legitimiert ist, ein solches Problem zu lösen. Dazu muss es eine verfassungsrechtlich begründete Kompetenz geben und eine demokratische Legitimation.

Es ist wahr, dass die öffentliche Meinung dazu neigt - das ist ganz allgemein so -, zu sagen: Ein großes Problem muss eigentlich auf einer hohen Ebene geregelt werden. Aber konsequent zu Ende gedacht, hieße das, dass der Nichtraucherschutz letztlich durch die UNO geregelt wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Spätestens dann werden wir auf ein zweites Problem stoßen: In der globalisierten Welt mit ihren großen Veränderungen und schnellen strukturellen Umbrüchen wächst ungeheuer viel Verunsicherung. Eine der Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit und die Stabilität unserer demokratischen verfassungsmäßig gebundenen freiheitlichen Ordnung ist, dass die Bürger sich in dieser Ordnung zu Hause fühlen, dass sie Orientierung finden. Das ist eine der großen Fragen; sie ist nicht leicht zu beantworten. Alle Umfragen belegen, dass die Zustimmung zu den demokratischen Institutionen nicht wächst; uns beschäftigt die abnehmende Wahlbeteiligung usw. Das ist nicht nur in Deutschland so.

Ich glaube, dass es bei der Suche nach Antworten darauf vielleicht nicht falsch ist, sich an die Vorteile föderaler Ordnungen zu erinnern: Nähe der Entscheidung zu den Menschen, dezentrale Entscheidungsfindung, Machtbegrenzung und Machtverteilung sowie mehr Chancen für die Partizipation der Menschen. Deswegen bin ich ein überzeugter Anhänger der föderalen Ordnung unseres Grundgesetzes und halte sie nicht für einen Standortnachteil.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das zu vertreten, ist manchmal schmerzlich - ich habe gerade die Debatte dieser Woche erwähnt -, aber trotzdem halte ich es für richtig.

In diesem Sinne ist die Debatte über Wettbewerbsföderalismus nicht falsch: Lasst uns doch ausprobieren, wer die besseren Ergebnisse erzielt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Dann werden die, die schlechtere Ergebnisse haben, von denen, die bessere Ergebnisse haben, lernen.

Mir hat einmal der frühere Bremer Bürgermeister Henning Scherf - ich glaube, ich darf das sinngemäß zitieren; es ist lange genug her - in einem Gespräch gesagt: Wir haben von den „Bremer Verhältnissen“ in der Hochschule - das war seinerzeit ein Begriff in der bildungspolitischen Debatte, der nicht eben als Qualitätsmerkmal aufgefasst wurde - genug und versuchen jetzt, von anderen zu lernen. - Jetzt ist Bremen ein Wissenschaftsstandort - immerhin war man mit im Rennen um die Benennung von Eliteuniversitäten - und niemand redet mehr von „Bremer Verhältnissen“. Das heißt: Der Prozess des Benchmarking kann gerade für die Schwächeren durchaus gute Ergebnisse bringen. Deswegen sollten wir ihn nicht kleinreden, sondern sagen: Es ist richtig, notwendig und nützlich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will ausdrücklich auf das Bezug nehmen, was der Kollege Steinbrück gerade gesagt hat: Die Föderalismusreform I wird in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt. Sie bedeutet eine Stärkung unserer föderalen Ordnung. Das ist aber nicht das Ende der Bemühungen; das geht schrittweise. Es ist ein mühsamer, schwieriger Prozess. Aber die Föderalismusreform ist, wie gesagt, eine Stärkung der föderalen Ordnung. Wir sollten sie richtig wahrnehmen. Wir sollten sie nutzen und auf diesem Weg vorangehen.

Ein anderer Punkt ist ebenfalls klar. Wir leben in einer Zeit, in der die Haushaltsspielräume eng sind und der Widerstand gegen Veränderungen - nicht nur in den politischen Parteien, egal ob sie nun in der Opposition oder an der Regierung sind, sondern generell in unserer Bevölkerung - groß ist. Die Forderung nach Reformen wird zwar häufig erhoben, aber gegen jeden konkreten Vorschlag einer Veränderung - egal von wem er kommt - gibt es zunächst einmal ziemlich viele Widerstände. Auch das ist wahr. Das hat auch etwas damit zu tun, dass wir insgesamt in 60 Jahren, in einer glücklichen Phase der deutschen Geschichte, viel erreicht haben und Ängste gegenüber der Zukunft zunehmen. Deswegen ist der Widerstand gegen konkrete Veränderungen immer relativ groß. Man muss also schrittweise vorangehen. Die Handlungsspielräume sind begrenzt.

Deswegen kann ich es auch verstehen, dass wir bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen nur dann wirklich etwas erreichen werden, wenn wir Synergieeffekte erschließen. Natürlich wird jedes Land am Ende sagen: Wenn für uns unter dem Strich wenig herauskommt, kann ich es nicht verantworten. - Herr Steinbrück ist ja einmal Ministerpräsident gewesen; ich darf sagen: Glücklicherweise ist er es nicht mehr.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie Sie das „glücklicherweise“ interpretieren, ist jetzt Ihre Sache. Aber klar ist: Niemand könnte so etwas verantworten. Auch die Bundesregierung kann nicht sagen: Das ist kein Problem; das zahlt dann der Bund. - Also müssen wir schon schauen, dass wir durch Synergieeffekte zu einer besseren Zusammenarbeit kommen.

Da gibt es eine Menge Bereiche, an die man in diesem Zusammenhang denken könnte. Wir könnten beispielsweise nach dem Prinzip verfahren, dass ein Land für alle anderen Länder Verwaltungsmodelle entwickelt. Es gibt beim Zusammenwirken der Verwaltungen, der Bundesverwaltung, der Länderverwaltung, der Auftragsverwaltung, große Potenziale. Durch eine bessere Organisation und Zusammenarbeit können wir uns Synergieeffekte erschließen, sodass wir am Ende die Handlungsfähigkeit unseres föderal organisierten Gemeinwesens stärken und gleichzeitig die Prinzipien von Machtteilung, Gewaltenteilung, Bürgernähe und Transparenz befördern. Denken wir beispielsweise an die Nutzung moderner

Kommunikationstechnologien für Verwaltungsabläufe: Da kann der Bund Dienstleister für alle sein, aber man kann genauso - das hat man in der Steuerverwaltung teilweise gemacht - verabreden, dass ein Land oder eine Oberfinanzdirektion vorangeht und die anderen es übernehmen. Wir müssen nicht gleichzeitig alles machen.

Ich verstehe die Rolle des Bundesinnenministeriums in dieser Kommission ein Stück weit so, dass wir Vorschläge machen werden, mit denen wir durch Modelle effizienterer Zusammenarbeit in der Verwaltung Synergiepotenziale erschließen wollen. Wenn wir uns gemeinsam darauf verständigen können, dass der Föderalismus das richtige Organisationsprinzip für unsere freiheitliche Demokratie ist und dass wir seine Leistungsfähigkeit stärken wollen, dann haben wir eine Chance, unser Land zu modernisieren und zugleich das Vertrauen und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu seiner demokratischen Verfasstheit nachhaltig zu stärken. Das ist das Wichtigste.

Herzlichen Dank.